

PLATZ DER REPUBLIK

CHRISTOPH KAPALSCHINSKI

Härte mag  
notwendig sein,  
aber nicht Häme

Die aktuelle Kampagne der Luxus-Marke Gucci steht unter einem originellen Slogan: „We will always have London“, also: „Wir werden immer London haben.“ Der zugehörige Spot zeigt die Idee dahinter: Die britische Hauptstadt wird immer als Ort da sein, wenn es uns nach Stil, Eleganz und Sexyness dürstet. Egal, was passiert: London bleibt ein Zufluchtsort. Es ist ein Satz für wohlhabende Europäer und Amerikaner, die sich eine Reise jederzeit leisten können. Doch stimmt er überhaupt noch? Seitdem Großbritannien die EU verlassen hat, haben die übrigen Europäer das Recht verloren, jederzeit ihr Leben nach London zu verlagern. Neuerdings brauchen sie sogar als Touristen eine Art Voranmeldung – wie schon länger für die USA.

Die Brexit-Kampagne, bei der es auch um polnische Klempner ging, die angeblich angestammten Handwerkern Dumping-Konkurrenz machten, hat ganz konkrete Folgen: Wir Festlandeuropäer können uns nicht mehr ganz sicher sein, jederzeit London sehen zu können. Aktuell läuft in den USA die Debatte um Visa für Fachkräfte heiß. Ein Teil von Trumps Maga-Bewegung will sie stark einschränken oder gar abschaffen. Wenn es schlecht läuft, kapselt sich das Einwanderer-Land ab. Plötzlich scheint Trumps „First Buddy“ Elon Musk zu dämmern, worauf er sich eingelassen hat: Wortreich verteidigt er auf X die Visa – schließlich ist der gebürtige Südafrikaner selbst einst mit solch einer Einreisegenehmigung in die USA gekommen.

Für viele Westdeutsche gilt emotional spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs: „We will always have America“ – die USA als geistiger oder tatsächlicher potenzieller Fluchtort. Die Industriellenfamilie Tengelmann flog lange Zeit sogar werdende Mütter aus ihrem Kreis in die Staaten aus, damit die Kinder dort als US-Staatsbürger geboren würden. Das Geburtsrecht galt der Familie als Rückversicherung im Kalten Krieg. Für viele andere ist das Fachkräfte-Visum der theoretische Ausweg zum legalen Aufenthaltsstatus.

Dieser Weg ist nun gefährdet durch eine Politik, von der sich viele Europäer nicht betroffen sahen. Schließlich richtete sich Trump im Wahlkampf vordergründig nur gegen Einwanderer aus Mittelamerika und aus muslimischen Ländern. Die Visa-Diskussion zeigt: Das Ressentiment lässt sich nicht einhegen. Politik, die Stimmung gegen Gruppen von Menschen macht, gefährdet die Freiheit. Das gilt für Teile der Maga-Bewegung ebenso wie für die AfD. Trumps Sohn Donald Jr. etwa teilte zu Weihnachten ein Bild mit einem Abschiebe-Weihnachtsmann. In Deutschland findet es die Junge Alternative, die sich als AfD-Parteijugend versteht, lustig, „Wir schieben sie alle ab“ zu grölen. Abschiebungen werden so zum Selbstzweck statt zum notwendigen letzten Mittel der Sicherheitspolitik.

Das unterscheidet Populismus von lösungsorientierten Politikansätzen: Der Populismus fördert das Vorurteil, indem er Probleme überzeichnet und daraufhin vereinfachte, generalisierte Antworten anbietet. Wertebasierte Politik hingegen bedauert die Härte, die etwa eine erzwungene Ausreise für die Betroffenen bedeutet, statt sie zynisch zu feiern. Solch Mitgefühl ist notwendig. Denn das Vorurteil kann sich schneller gegen Einzelne richten, als diese es sich ausmalen wollen. Dann heißt es wie im Filmtitel: „London has fallen“ – „London ist gefallen“.

IMPRESSUM

Verleger: AXEL SPRINGER (1985†)

Herausgeber: Dr. Ulf Poschardt  
Chefredakteur: Dr. Jan Philipp Burgard  
Stellvertreter des Chefredakteurs:  
Oliver Michalsky  
Chefredakteure in der Welt-Gruppe:  
Dr. Jacques Schuster, Jennifer Wilton  
Stv. Chefredakteur: Robin Alexander  
Geschäftsführender Redakteur:  
Thomas Exner  
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann  
Leitung Editionsteam: Christian Gaertner  
Creative Director: Cornelius Tittel  
Politik: Claudia Kade Forum: Eva Marie Kogel  
Investigation/Reportage: Tim Röhn  
Außenpolitik: Caroline Turzer  
Wirtschaft und Geld: Jan Dams, Olaf Gersemann, Thomas Exner (Senior Editor)  
Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder  
Stil/Reise/Leben: Heiko Zwierner  
Sport: Matthias Brügelmann  
Wissen: Edda Grabar, Sonja Kastilan  
Nachrichten/Gesellschaft: Leonhard Landes, Robert-Christian Tannenberg  
Community/Social: Franziska Zimmerer  
CvD/Produktion: Patricia Plate Foto: Stefan A. Runne Infografik: Karin Sturm  
Chefökonomin: Dr. Dorothea Siems  
Auslandskorrespondenten:  
Brüssel: Dr. Christoph Schiltz Istanbul: Carolina Driten Kapstadt: Christian Putsch London: Mandoline Rutkowski Marrakesch: Alfred Hackensberger Moskau: Pavel Lokshin New York: Hannes Stein Paris: Martina Meister Warschau: Philipp Fritz  
Washington: Stefanie Bolzen  
Autoren: Henryk M. Broder, Alan Posener, Hans Zippert  
WELT kooperiert mit „El País“ (Spanien), „Gazeta Wyborcza“ (Polen), „La Repubblica“ (Italien), „Le Figaro“ (Frankreich), „Le Soir“ (Belgien), „Tages-Anzeiger“ und „Tribune de Genève“ (beide Schweiz)  
Verlag: Axel Springer Deutschland GmbH  
Geschäftsführung: Carolin Hulshoff Pol, Peter Württenberger  
Stv. Verlagsleiter Print WELT: Heiko Rudat  
Anzeigen: Judith Umlauf

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes für diese Ausgabe: Oliver Michalsky  
Axel Springer Deutschland GmbH, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin.  
Anzeigen: Judith Umlauf, Media Impact GmbH & Co. KG, 10888 Berlin

Liebe Leserinnen und Leser, am Montag, den 6. Januar 2025, erscheint DIE WELT in einigen Bundesländern wegen des regionalen Feiertages Heilige Drei Könige nicht im Abonnement. Die nächste Ausgabe erhalten Sie dann am Dienstag, den 7. Januar 2025. Wir bitten um Ihr Verständnis und wünschen Ihnen einen schönen Feiertag.

THEMA DES TAGES

„All das wird als  
inakzeptable Gängelei  
empfunden“

Der Terror von Magdeburg verstärke zwei Entwicklungen in der Gesellschaft, erklärt Meinungsforscher Grünewald. Politik müsse sich grundlegenden Krisen stellen – sonst breiteten sich „Unbehagen und das Gefühl der Ohnmacht“ aus. In diesem Wahlkampf würden alle Kanzlerkandidaten primär mit Schwächen assoziiert

Stephan Grünewald, 64, ist Psychologe, Markt- und Meinungsforscher sowie Sachbuch-Autor. Er ist Mitgründer des Marktforschungsunternehmens Rheingold-Institut mit Sitz in Köln.

VON HANNELORE CROLLY

WELT: Herr Grünewald, Sie beobachten seit Jahrzehnten die Stimmungslage im Land, gerade auch in Wahlzeiten. Wird der Anschlag von Magdeburg den Ausgang der Bundestagswahl drastisch beeinflussen? 2011 wurde der Grüne Winfried Kretschmann nur durch das Atomunglück von Fukushima in Baden-Württemberg Ministerpräsident, wie er selbst zugibt.

STEPHAN GRÜNEWALD: Von einer solchen Wirkung gehe ich nicht aus. Der Täter passt nicht ins übliche Raster, daher funktioniert der simple Sündenbock-Mechanismus nicht. Schon jetzt hat sich der Fokus von der Person daher auf Sicherheitsfragen verlagert, zum Beispiel, warum die Behörden Warnhinweise nicht verfolgten. Diese sehr viel differenziertere Betrachtungsweise lässt sich im Wahlkampf nicht eins zu eins ausschlagen. Außerdem werden Wahlentscheidungen am Ende stark an Personen festgemacht. Allerdings dürfte die AfD tendenziell am ehesten von der wachsenden Sehnsucht nach dem Staat als starker Schutzmacht profitieren. Das Gefühl, dass die Funktionsfähigkeit des Staates unterhöhlt ist, wird den Verantwortungsparteien angekreidet.

WELT: Was erwarten Sie also mit Blick auf die allgemeine Stimmungslage Deutschlands? Auch schon vor Magdeburg war 2024 ereignisreich und angespannt.

GRÜNEWALD: Von einer kraftvollen Aufbruchstimmung ist nichts zu spüren, der Vertrauensverlust in die Politik und die politischen Akteure ist gewaltig. Statt mit Zuversicht nach vorn zu schauen, spielen die Menschen auf „halten“. Sie haben zwischen der eigenen Welt und den bedrohlichen Problemen dort draußen einen Verdrängungsvorhang gespannt und hoffen, dass ihr Leben im Privaten wenigstens noch ein paar Jahre unverändert bleiben kann. Der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt, also einen geschützten Raum menschlicher Harmonie und Toleranz, hat diesen Verdrängungsvorgang zwar durchbrochen. Die Tat trifft alle an einer ganz empfindlichen Stelle und erschüttert unser Sicherheitsgefühl zutiefst.

Aber dadurch verstärkt sich die Rückzugsbewegung vieler Menschen in die geschützte Privatheit, die wir seit Längerem beobachten, sogar noch weiter, verbunden mit einer Sehnsucht nach dem starken Vater Staat. Auch an dieser Stelle kollidiert also erneut der Wunsch, das Gewohnte bewahren zu wollen, mit einem ständig steigenden Problemdruck. Terrorangst, Kriege, Migration, Klimawandel, Wirtschaftskrisen, Inflation, die bevorstehende Präsidentschaft von Donald Trump, all das erfordert eigentlich, dass wir grundlegend an die Probleme herangehen. Das bringt die Wähler in ein massives Machbarkeitsdilemma. Sie spüren, dass ein großer Wandel vonnöten wäre. Aber er macht ihnen Angst, also weichen sie Konsequenzen so lange wie möglich aus.

WELT: Was erwarten Sie für die Wahlbeteiligung?

GRÜNEWALD: Der Februar-Termin taugt wenig dazu, die Menschen zum Urnengang zu animieren. Das liegt aber weniger am Wetter als an der zeitlichen Einbettung. Nach dem Vorweihnachtsstress und der satten Christbaum-Harmonie, womöglich gestört durch familiären Zwist, befinden wir uns jetzt in einer Zwischenjahres-Amnesie. Die Tage bis zum 6. Januar sind eine Zeit zwischen den Zeiten, in der man sich nicht für die Wirklichkeit da draußen interessiert, sondern im Fokus auf sich selbst eine Verfasstheit für das nächste Jahr zu finden versucht. Daran ändert auch Magdeburg wenig. Nach einer Phase der Trauer und Trostsuche pflegen die Menschen die heimische Wohlfühlloase und versuchen, das Ereignis zu verdrängen. Nach dem Dreikönigstag folgt dann erst einmal der Kampf mit den guten Vorgesetzten. Erst Ende Januar dürften die meisten umschalten in den Wahlkampfmodus. Zumindest in den Karnevalshochburgen wird dieser Impetus aber gleich wieder zersetzt durch die exaltierte Fröhlichkeit der fünften Jahreszeit.

WELT: Das zur Wahl stehende Spitzenpersonal ist teils dasselbe wie 2021. Wie sollen diese Kandidaten glaubhaft machen, dass sie das Land wieder sicherer und erfolgreicher machen können?

GRÜNEWALD: Der Wahlkampf wird noch stärker als vor drei Jahren davon geprägt sein, dass man nicht die Hoffnungsträger im Angebot sieht, sondern die personalisierten Problemgestalten mit ihren Schwächen. Bei Olaf Scholz ist es die mangelnde Führungskraft, bei Robert Habeck das Bevormundungsmomentum

Magdeburg,  
23. Dezember:  
Teilnehmer einer  
AfD-Demonstration  
auf der Straße, ein  
Radler ist mit  
Deutschland-Fahne  
unterwegs

und seine umstrittene Wirtschaftskompetenz, bei Christian Lindner die mangelnde Verlässlichkeit, bei Friedrich Merz seine Impulsivität und damit seine fehlende Berechenbarkeit. Der CDU-Vorsitzende verkörpert aus programmatischen Gründen zwar noch am ehesten die ersehnte Stärke und Wehrhaftigkeit, die jetzt gefordert wird. Zugleich haftet ihm persönlich aber eine Oberlehrer-Aura an.

WELT: Sie haben AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel ausgespart.

GRÜNEWALD: Als Gegenbild zu „Mutter Merkel“ wird sie wohl eher als demokratiefeindliche Stiefmutter erlebt.

WELT: Apropos „Wehrhaftigkeit“: Hätte die SPD besser auf Verteidigungsminister Boris Pistorius als Kanzlerkandidaten gesetzt?

GRÜNEWALD: Er wäre der erfolgversprechendere Kandidat gewesen. Schon nach dem Ampel-Zank gab es eine große Sehnsucht nach einer richtungsgebenden Geschlossenheit, nach Orientierung und Direktive. Das gilt nach Magdeburg umso

mehr. Pistorius hat seine Bereitschaft, auch unliebsame Wahrheiten klar auszusprechen, bewiesen, als er mit der Forderung nach Kriegstüchtigkeit die Zeitenwende ausbuchstabierte. Sogar sein Name klingt wie eine Handfeuerwaffe. Stattdessen zeichnet sich fatalerweise ein „Weiter so“ ab, ganz besonders bei der SPD.

WELT: In welcher Hinsicht ist das fatal?

GRÜNEWALD: Solange sich die Politik den grundlegenden Krisen nicht stellt, werden das Unbehagen und das Gefühl der Ohnmacht der Menschen immer größer. Durch den angesprochenen Verdrängungsvorhang sind die Probleme zwar verdeckt, sie scheinen aber weiter durch, wenn auch unklarer und fratzenhafter. Solange sie nicht klar benannt werden, steigern sie sich ins Diffus-Groteske und sind als Angstkulisse im Hintergrund stets spürbar. Den Vorhang wegzuziehen ist zwar erst einmal schlimm, weil sich dann der ganze Schrecken offenbart, aber erst so wird eine Handhabbarkeit geschaffen. Die Bevölkerung müsste darauf eingestimmt werden, auf Liebgewonnenes zu verzichten, doch dazu bräuchte

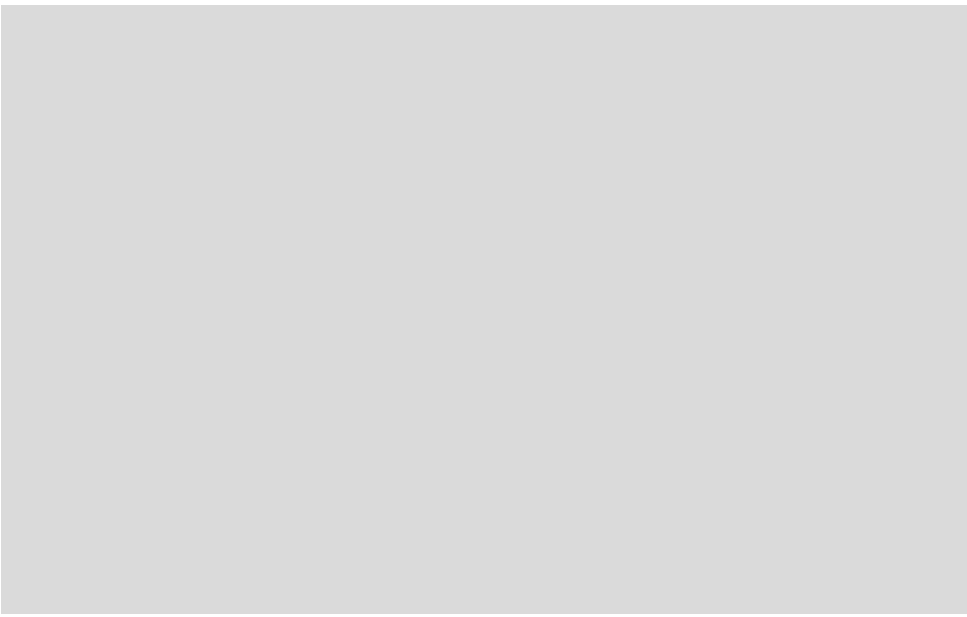
angehörige mit einem Südstaatenakzent in dem Video.

Die US-Bundespolizei FBI bestätigte in ihrer Pressekonferenz nach der Attacke, dass Jabbar US-Soldat war und offenbar ehrenhaft entlassen wurde. Laut Pentagon hatte er von 2007 bis 2015 im Personalmanagement und als IT-Fachmann für die US-Armee gearbeitet und ihr danach bis 2020 als Reservist angehört. Ein Armeesprecher sagte, Jabbar habe von Februar 2009 bis Januar 2010 in Afghanistan gedient und am Ende seines Dienstes den Rang eines Feldwebels gehabt. In einem vor vier Jahren auf YouTube veröffentlichten Video, in dem er seine Maklerdienste anbot, rühmte sich Jabbar selbst als „harter Verhandlungspartner“. Aus von der „New York Times“ veröffentlichten Strafregistern geht hervor, dass er zweimal wegen Delikten angeklagt wurde, 2002 wegen Diebstahls und 2005 wegen Fahrens ohne gültigen Führerschein.

Der Zeitung zufolge war Jabbar zweimal verheiratet, wobei seine zweite Ehe im Jahr 2022 geschieden wurde. Im Scheidungsverfahren schilderte er dem Anwalt seiner Frau in einer E-Mail seine finanziellen Probleme. „Ich kann mir die Raten für das Haus nicht leisten“, schrieb er laut „NYT“. Seine Immobilienfirma habe im Jahr zuvor mehr als 28.000 Dollar Verlust gemacht. Auch habe er wegen der Anwaltskosten tausende Dollar an Kreditkartenschulden. Jabbar fuhr in einem gemieteten Pick-up, einem

Shamsud-Din Jabbar diente  
als US-Soldat in Afghanistan

In New Orleans ist der 42-Jährige in eine Menge gerast und hat mindestens 15 Menschen getötet



ALCIDES ANTUNES VIA REUTERS/ALCIDES ANTUNES

Der explodierende Tesla-Cybertruck vor dem Trump International Hotel in Las Vegas

NACHRICHTEN

KUGELBOMBEN

CDU: Import verbieten

Angesichts schwerer Schäden durch sogenannte Kugelbomben in der Neujahrsnacht fordert die CDU Konsequenzen. „Der Import verbotener Feuerwerkskörper – Kugelbomben – aus dem östlichen Ausland muss durch noch schärfere Grenzkontrollen unterbunden werden“, sagte der innenpolitische Sprecher der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Burkard Dregger. „Diese bereits verbotenen Feuerwerkskörper waren hauptsächlich für die Verletzungen und Sachbeschädigungen.“

GESCHWINDIGKEITSBEGRENZUNG

Aktivisten entfernen Schilder

Die Gruppe „Extinction Rebellion“ hat mit einer Aktion auf einigen Abschnitten des Berliner Rings Ermittlungen der Polizei ausgelöst. In der Silvesternacht hätten Aktivisten auf dem nördlichen, östlichen und südlichen Berliner Ring sowie den Autobahnen 12 und 13 in Brandenburg Schilder abgebaut, die eine Geschwindigkeitsbegrenzung wieder aufheben, sagte ein Sprecher der Gruppe. Einige Male seien diese Schilder auch mit einem Band durchgestrichen worden. Dem Sprecher zufolge fand die Aktion an rund 25 Stellen statt. Die Polizei prüft nach eigenen Angaben, ob es dabei unter anderem zu Diebstahl und zu Ordnungswidrigkeiten kam. Ein Polizeisprecher sagte: „Die Ermittlungen dauern an.“

ABGESETZTER PRÄSIDENT IN SÜDKOREA

Anwälte warnen Behörde

Die Anwälte des vom Parlament abgesetzten südkoreanischen Präsidenten Yoon Suk Yeol haben die gegen ihn ermittelnde Anti-Korruptionsbehörde des Landes vor der Beteiligung der Polizei an der geplanten Festnahme des Politikers gewarnt. Sollte die Behörde mobile Polizeieinheiten einsetzen, würde das ihre rechtliche Befugnis überschreiten, hieß es. Polizisten drohe eine Festnahme durch den Sicherheitsdienst Yoons, sollten sie versuchen, ihn in Gewahrsam zu nehmen. Die Anti-Korruptions-Behörde hatte am Dienstag von einem Gericht in Seoul eine Woche Zeit bekommen, um Yoon festzunehmen. Yoons Anwälte argumentieren, der Haftbefehl sei ungültig. Die Anti-Korruptionsbehörde habe nicht die Befugnis, um wegen Rebellionsvorwürfen zu ermitteln. Yoon hatte sich mehreren Aufforderungen widersetzt, zu einem Verhör zu erscheinen und Durchsuchungen seines Büros blockiert. Damit beeinträchtigte er die Ermittlungen dazu, ob seine Einführung des Kriegsrechts vom 3. Dezember einer Rebellion gleichkommt.

IRANISCHE NOBELPREISTRÄGERIN

Autobiografie angekündigt

Die seit drei Jahren inhaftierte iranische Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi hat die Veröffentlichung ihrer Autobiografie angekündigt. Sie habe das Buch fertiggestellt und plane zudem ein weiteres Buch über aus politischen Gründen inhaftierte Frauen im Iran, sagte sie der französischen Zeitschrift „Elle“. Für das Interview nutzte die Aktivistin eine vorübergehende Freilassung. Mohammadi war am 4. Dezember aus medizinischen Gründen für drei Wochen aus dem Gefängnis entlassen worden. Sie befindet sich seit 2021 in Teheran in Haft. Mohammadi verbüßt ihre Strafe nach Angaben ihres Mannes im Frauentrakt des berichtigten Evin-Gefängnisses.

ZAHL DER ERWERBSTÄTIGEN

Auf Rekordhoch

Die Zahl der Beschäftigten in Deutschland hat 2024 trotz Wirtschaftskrise einen neuen Höchststand erreicht. Im Jahresdurchschnitt waren rund 46,1 Millionen Menschen mit Arbeitsort hierzulande erwerbstätig, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

„Das waren so viele Erwerbstätige wie noch nie seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990.“ Nach einer ersten Schätzung der Statistiker stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresschnitt 2024 um 72.000 Menschen oder 0,2 Prozent zum Vorjahr. Mit Ausnahme des Corona-Jahres 2020 wuchs die Erwerbstätigenzahl damit seit 2006 durchgängig. Allerdings verliere der Anstieg seit Mitte 2022 deutlich an Dynamik, erläuterte die Behörde.

KARTELLAMT

Strompreise unter Beobachtung

Das Bundeskartellamt will die aktuell zeitweise äußerst hohen Strompreise an den Strombörsen überprüfen. Das kündigte Behördenpräsident Andreas Mundt im Gespräch mit der „Rheinischen Post“ an. Das Bundeskartellamt beobachte „die Preisbildung am Strommarkt fortlaufend und engmaschig“, führte Mundt aus. Da Deutschland diesen Winter erstmals „mit einem reduzierten Kraftwerkspark“ bewältigen müsse, seien zunehmende Preisausschläge nach oben zu erwarten gewesen und könnten „ein normales und unverfälschtes Marktergebnis sein“. „Aber um sicherzugehen, werden wir uns die Preisbildung während der Dunkelflaute sehr genau ansehen.“ Zum Ausbau der Elektromobilität, sagte Mundt, sei mehr Wettbewerb bei Ladesäulen notwendig. Es sei „nicht gut, dass viele Kommunen die Flächen für Ladesäulen vorrangig an das eigene Stadtwerk oder an nur einen Anbieter vergeben“.

HANDBALL-WM

Zwei Olympia-Helden fallen aus

Deutschlands Handballer müssen bei der Weltmeisterschaft auf zwei Olympia-Helden verzichten. Rückraumspieler Sebastian Heymann und Kreisläufer Jannik Kohlbacher fallen für die Endrunde vom 14. Januar bis 2. Februar in Dänemark, Kroatien und Norwegen verletzt aus. Heymann hat seine WM-Teilnahme wegen einer schweren Fußprellung abgesagt. Kohlbacher muss aufgrund einer Ellenbogenverletzung passen und sogar operiert werden.

UMFRAGE

Vertrauen zu Ärzten und Polizei

Ärzte und die Polizei genießen in Deutschland laut einer Umfrage das größte Vertrauen. Wie eine am Donnerstag veröffentlichte Befragung des Instituts Forsa für den „Stern“ und die Sender RTL und ntv ergab, haben 81 Prozent der Deutschen großes Vertrauen zu Ärzten und Polizei – genau so viel wie vor einem Jahr. Auf dem dritten Platz folgt demnach mit einem Vertrauenswert von 78 Prozent das Bundesverfassungsgericht. Dies seien vier Prozentpunkte mehr als 2023 und damit die größte Ansehenssteigerung, berichtete der „Stern“. Auf Platz vier in dem Vertrauens-Ranking folgen demnach die Universitäten mit 75 Prozent (plus zwei Prozentpunkte) und die Gerichte mit 70 Prozent (minus ein Prozentpunkt). Das geringste Vertrauen haben die Deutschen der Umfrage zufolge unverändert zu den sozialen Medien und den Werbeagenturen: Ihnen vertrauen jeweils nur drei Prozent der Befragten. Sehr niedrig ist auch das Ansehen des Islam (sechs Prozent) und der katholischen Kirche (elf Prozent).

NORD-OSTSEE-KANAL

Frachtschiff rammt Schleuse

Ein Frachtschiff hat ein Schleusentor auf dem Nord-Ostsee-Kanal in Brunsbüttel gerammt und dabei einen erheblichen Sachschaden verursacht. Verletzt wurde bei dem Vorfall in der Nacht zu Donnerstag niemand, wie ein Sprecher der Wasserschutzpolizei sagte. Die betroffene Schleusenkammer sei zunächst außer Betrieb genommen worden und solle im weiteren Tagesverlauf auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft werden, hieß es. Der Schiffsverkehr laufe jedoch über eine andere Schleusenkammer weiter.

es großen politischen Mut, wie ihn zuletzt Gerhard Schröder mit seiner Agenda-Politik bewiesen hat. Statt Blut-, Schweiß- und Tränen-Reden zu halten, werden viele Kandidaten aber den Wunsch nach Verdrängung und Beruhigung bedienen, den sie bei den Menschen spüren.

WELT: Was fürchten Sie?

**GRÜNEWALD:** Die Menschen spüren ja, dass die Probleme nicht weniger werden und der Problemdruck steigt. Das führt zu einer immer größeren Unzufriedenheit. Davon wird die AfD profitieren, die konsequent die radikale Rolle rückwärts propagiert. Die Realität kann man nicht abwählen, also werden die Regierenden abgestraft. Im Februar werden die demokratischen Kräfte zwar noch einmal obsiegen. Spätestens bei der Wahl danach wird sich das Brandmauer-Dilemma aber massiv zuspitzen. Denn nach dem 23. Februar 2025 wird so oder so eine unliebsame Koalition entstehen. Es müssen sich wieder zwei oder eher drei Partner zusammensuchen, die programmatisch nicht zueinanderpassen. Für dießes der Brandmauer sind also weiterhin Stunk und Zank

programmiert. Wenn ständig dicke Luft herrscht, droht die Brandmauer aber zum Erstickungstod der Demokratie zu führen. Andererseits: Wenn wir sie einreißen, besteht akute demokratische Feuergefahr.

**WELT:** Was halten Sie von der These, dass man den Aufstieg der AfD am besten bremsen könne, indem man sie in einem Bundesland an die Regierung lässt?

**GRÜNEWALD:** Daraus spricht die Hoffnung, dass sich die Partei entzaubert. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, wie die Geschichte zeigt. Aber wir stecken zwischen Skylla und Charybdis. Solange es stets Ärger und Streit in der Koalition gibt, ist die AfD der lachende Vierte. Sie kann genüsslich darauf verweisen, wie zänkisch und unproduktiv die Regierung ist. Und wenn sie dann womöglich auf 30 oder gar 40 Prozent zumarschert, kommt man an ihr nicht mehr vorbei. Daher würde ich im Moment eher zur Entzauberung tendieren.

**WELT:** Ist eine Entzauberung in Zeiten „alternativer Wahrheiten“ überhaupt möglich?

**GRÜNEWALD:** Das ist tatsächlich ein Problem. Nach 16 beschwichtigend-mütterlichen Merkel-Jahren ist unsere Zeit durch eine wachsende Komplexitätsmüdigkeit geprägt. Wie auch die Trump-Wahl zeigt, hält der autokratische Geist Einzug, und mit ihm die Hoffnung, dass ganz einfach durchregiert werden kann. Die Sehnsucht nach simplen und schnellen Lösungen wächst, die Fähigkeit zum Kompromiss erodiert immer weiter.

Viele Menschen fürchten zugleich den Verlust ihrer Autonomie und Handlungsfähigkeit. Das Gendern, die Kritik am Fleischkonsum oder Fliegen, das Heizungsgesetz, all das wird als inakzeptable Gängelei empfunden. Der Rückzug ins private Schneckenhaus und das weitverbreitete Ohnmachtsgefühl angesichts der Polykrisen führen zu einer gestauten Bewegungsenergie. Es gibt aber eine große Sehnsucht, diese Energie zu transformieren, Selbstwirksamkeit, Sinn und Gemeinschaft zu erleben. Das sollte sich die Politik mit klaren Zielvorgaben zunutze machen, statt die Unzufriedenen der AfD zu überlassen.

Ford F-150 Lightning Elektro-Truck aus Houston, in die Menschenmenge in New Orleans. In seinem Wagen fanden die Ermittler eine Flagge der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS). US-Präsident Joe Biden sagte unter Berufung auf die Ermittler, einige Stunden vor dem Angriff in New Orleans habe Jabbar in Online-Netzwerken Videos veröffentlicht, die darauf hinwiesen, dass er „vom IS inspiriert“ gewesen sei.

Das FBI ermittelt nun, ob der Verdächtige Verbindungen zu Terrororganisationen hat und bat die Öffentlichkeit um Hilfe bei der Suche nach möglichen Komplizen. Der Angreifer sei vermutlich nicht „allein verantwortlich“. Die Polizei entdeckte in seinem Pick-up neben Waffen auch mutmaßlich selbstgebaute Sprengsätze. Auch im French Quarter selbst waren zwei Sprengsätze deponiert worden, die entschärft wurden. Überwachungsaufnahmen hätten demnach festgehalten, wie drei Männer und eine Frau einen von mehreren improvisierten Sprengsätzen platzierten. Kurze Zeit später wurden die vier Personen auf den Videos den Berichten zufolge jedoch als Verdächtige ausgeschlossen.

Ein Mann namens Abdur Jabbar aus dem texanischen Beaumont, der nach eigenen Angaben der Bruder von Shamsud-Din Jabbar ist, sagte der „New York Times“, sein Bruder sei „wirklich ein Schatz, ein netter Kerl, ein Freund, wirklich klug, fürsorglich“ gewesen. Er sei bereits in jungen Jahren

zum Islam konvertiert. Seine nun verübte Tat in New Orleans repräsentiere hingegen nicht den Islam, sagte Abdur Jabbar. „Das ist mehr eine Form der Radikalisierung, keine Religion.“ Chris Pousson, ein Jugendfreund Jabbars, sagte der „NYT“, dieser sei ein Mensch gewesen, der „keine Probleme machte“ und „gute Noten hatte“. Demnach hätten die beiden 2017 über Onlinenetzwerke wieder Kontakt aufgenommen. Jabbar sei „nie bedrohlich gewesen, aber man konnte sehen, dass er wirklich intensiv geworden ist, was seinen Glauben angeht“, zitierte die Zeitung „Pousson“.

Biden kündigte „Nulltoleranz“ gegenüber derartigen Attacken an: „Mein Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Familien, die einfach nur den Feiertag feiern wollten. Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt jeglicher Art, und wir werden keinen Angriff auf die Gemeinden unserer Nation tolerieren“, schrieb er auf X. Der US-Präsident betonte, dass der Täter nach bisherigen Erkenntnissen der Ermittler im Bundesstaat Texas geboren wurde und US-Staatsbürger war. Er habe „viele Jahre“ in der US-Armee gedient und sei danach noch jahrelang als Reservist geführt worden.

Untersucht wird laut Biden auch, ob die Tat in New Orleans in Zusammenhang mit der Explosion eines Tesla-Cybertrucks vor dem Trump International Hotel in Las Vegas steht, bei der wenige Stunden später ein Mensch in dem Fahrzeug ums Leben kam

und sieben andere leicht verletzt wurden. Bisher gebe es darauf keine Hinweise, sagte Biden. Er warnte generell davor, voreilige Schlüsse zu ziehen. Die Ermittler arbeiteten an einem umfassenden Bild und würden es zu gegebener Zeit präsentieren, so Biden weiter. Der britischen „Daily Mail“ zufolge hatte der Mann, der den Cybertruck fuhr, auf demselben Stützpunkt wie Jabbar. Die Polizei in Las Vegas hat nach eigenen Angaben bislang keine Hinweise auf eine Verbindung zwischen der Explosion vor dem Hotel und dem IS, wie Sheriff Kevin McMahon auf einer Pressekonferenz betonte. Eine Parallele sei aber, dass beide Fahrzeuge über dieselbe Vermittlungs-Webseite angemietet worden seien, sagte McMahon.

Der designierte US-Präsident Donald Trump äußerte sich ebenfalls nach der Fahrt: „Unsere Herzen sind mit allen unschuldigen Opfern und ihren Lieben, inklusive der mutigen Beamten der Polizei in New Orleans“, schrieb der Republikaner auf seiner Online-Plattform Truth Social. „Als ich gesagt habe, dass die Kriminellen, die in unser Land kommen, deutlich schlimmer seien als die Kriminellen, die wir im Land haben, wurde meine Aussage ständig von Demokraten und von den Fake-News-Medien zurückgewiesen, aber es hat sich als wahr herausgestellt“, schrieb Trump weiter. Kurz darauf stellte sich heraus, dass es sich um einen amerikanischen Staatsangehörigen handelt. AFP/Reuters/AP/dpa

AP/RALF HIRSCHBERGER

WETTER

Teils Schnee oder Regen, teils Sonne

**Heute:** Vom Norden bis zu den Mittelgebirgen ziehen kräftige Schneeschauer. Lokal fällt auch Schneeregen oder Regen. Später scheint im Nordosten die Sonne. Auch im Südwesten und Süden gibt es hier und da Graupel- oder Schneeschauer. Örtlich droht Straßenglätte. Die Temperaturen erreichen minus 3 bis plus 5 Grad.

**Biowetter:** Rheumakranke spüren eine Verschlimmerung der Schmerzen in den Gliedern und Gelenken. Wetterföhliges leiden unter Kopfschmerzen. Außerdem werden die Atemwege zurzeit belastet, daher sollten sich Asthmatiker und Personen mit chronischer Bronchitis schonen.

